

Wem gehört die Friedliche Revolution von 1989?

Michael Borchard, Jan Philipp Wölbern

In den letzten Monaten ist viel über die Frage diskutiert worden, welche Akteure und Faktoren in welchem Maße zum Erfolg der Friedlichen Revolution in der DDR von 1989 beigetragen haben. In der historischen Forschung besteht weitgehend Einigkeit darin, dass monokausale Erklärungen der Komplexität der damaligen Situation nicht gerecht werden. Jedoch gewichten Autoren die Faktoren unterschiedlich. Tatsächlich ist der Erfolg der Friedlichen Revolution nicht ohne das Zusammentreffen aller Faktoren denkbar. Hätte nur eine einzige Komponente gefehlt, wären die Ereignisse möglicherweise anders verlaufen. Schlimmstenfalls wäre der Herbst 1989 wie der Volkaufstand von 1953 in der DDR, wie der Ungarische Volksaufstand von 1956 oder wie der Prager Frühling von 1968 ausgegangen.

1. Kirchen, Bürgerrechtler, Demonstranten

Die aktuelle Debatte konzentriert sich auf die Frage, welchen Anteil die Kirchen und Bürgerrechtler einerseits sowie die Masse der Demonstranten andererseits am Erfolg der Friedlichen Revolution hatten. Der Soziologe Detlev Pollack vertritt dabei die These, dass der Einfluss der Kirchen und Bürgerrechtler nicht entscheidend gewesen sei. Er gesteht den Friedensgebeten lediglich die Rolle eines „Kristallisationspunktes“ zu, „an dem sich die Massenproteste anlagern“ konnten. Maßgeblichen Einfluss auf den Gang der Ereignisse hätten sie jedoch nicht gehabt. Dieser Interpretation treten Sascha Illko-Kowalczyk und andere entgegen. „Der Umbruch von 1989 in der DDR“, so Kowalczyk in seiner Replik, „war das Werk von wenigen, die Normalbürger warteten ab. Erst als die großen Fragen entschieden waren, setzte sich das Volk in Bewegung.“

Pollack weist zu Recht auf den oft zu wenig beachteten Faktor hin, dass die Ausreisebewegung einen maßgeblichen Einfluss auf die Dynamik der Ereignisse hatte (s. dazu weiter unten). „Dableiben“ war nämlich mit der Öffnung der Grenze zwischen Ungarn und Österreich plötzlich eine Alternative zum „Rübermachen“. Darüber hinaus ist Pollacks These jedoch nicht überzeugend. Selbst wenn es keine direkten Aufrufe der Bürgerrechtler und Kirchen zum Protest gab, so verkennt Pollack doch ihren Einfluss auf die Demonstranten, besonders in Bezug auf ihre weit überwiegende Gewaltfreiheit.

Die Kirchen boten eine Bühne für die freie Rede und einen geschützten Raum, der auch im Herbst 1989 offen blieb. In den Friedensgebeten sprachen die Geistlichen und Laien die gesellschaftlichen Probleme in außergewöhnlicher Offenheit an, riefen beständig zur Gewaltfreiheit auf und gaben praktische Anweisungen für gewaltfreies Handeln – insbesondere mit Blick auf die unmittelbar nachfolgenden Demonstrationen.

Zwar nicht überall, doch an vielen Orten in der DDR und insbesondere in Leipzig fanden die Demonstrationen im Anschluss an die Andachten in den Kirchen statt. Das bedeutete weder eine direkte „Steuerung“ der Demonstrationen durch die Kirchen, noch dass ihr Einfluss schlagartig an den Kirchentüren geendet hätte. Zweifellos aber hatte sie eine Wirkung auf die Stimmung, den „Geist“, in dem die Demonstrationen stattfanden. Was in den Friedensgebeten gesagt wurde, sprach die Menschen emotional an. Nicht zuletzt intervenierten Kirchenvertreter mehrfach in gefährlichen Situationen, wirkten deeskalierend auf Demonstranten und die staatlichen Vertreter ein und konnten die Auseinandersetzung so in die Bahnen des Dialogs lenken. Ganz ohne den Einfluss der Kirchen wäre die Friedliche Revolution sicher nicht erfolgreich gewesen.

Über die Bürgerrechtler lässt sich Ähnliches wie über die Kirchen sagen; auch ihr jahrelanges Handeln gegen eine übermächtige Staatsmacht hatte deutlichen Einfluss auf die Friedliche Revolution. Ihr Beitrag lag zunächst darin, dass sie die

politische Freiheit, vor allem die freie Rede und freie Wahlen, in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten rückten. Es trifft freilich ebenso zu, dass ihre politischen Vorstellungen in der Regel antikapitalistisch geprägt waren, nicht die Errichtung eines parlamentarischen Systems nach westlichem Muster und auch nicht die Wiedervereinigung zum Ziel hatten. Vielmehr war die Idee eines „dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus unter ihnen weitverbreitet. Dennoch bahnten die Gründung des „Neuen Forums“ und der vielen anderen Gruppierungen, die sich im September/Oktober 1989 formierten, und die eingeübten Formen des Gebets und Protests ohne Zweifel den Weg für die Massendemonstrationen.

In der für den Erfolg der Friedlichen Revolution entscheidenden Phase zwischen Anfang September und Anfang November beteiligten sich grob geschätzt eine Million Menschen an den Demonstrationen. Gemessen an den knapp 16 Millionen Einwohnern der DDR war das tatsächlich eine Minderheit. Die Mehrheit verhielt sich in dieser Zeit abwartend - oder lehnte die Entwicklung ab.

2. Ausreisebewegung

Die Ausreisebewegung blieb in der DDR von Sommer 1989 bis Sommer 1990 ununterbrochen bestehen. Auswanderungs- und Protestbewegung verstärkten sich in ihrer Wirkung gegenseitig: Dass Tausende das Land verließen, steigerte die Unzufriedenheit im Land. Abwertende, bornierte Äußerungen in den Staatsmedien über die Ausreiser (Honecker persönlich fügte einem ND-Kommentar den Satz hinzu: „Man sollte Ihnen deshalb keine Träne nachweinen“), verstärkten den Drang nach Veränderung unter den Dagebliebenen noch weiter. Umgekehrt bestand für alle, die trotz Protest keine Zukunft mehr in der DDR sahen, seit der Grenzöffnung zwischen Ungarn und Österreich nunmehr die Möglichkeit, in den Westen zu fliehen.

3. Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesregierung unter Helmut Kohl verhielt sich bis zum Fall der Berliner Mauer zunächst abwartend. Damit setzte sie ihre langjährige Politik fort, die DDR nicht zu destabilisieren. Ein Grund dafür war, dass eine aktive Einmischung in die inneren Verhältnisse der DDR dem SED-Regime den argumentativen Vorwand geliefert hätte, die Demonstrationen seien von Westen gesteuert und dieser an der Abwanderung schuld.

Mit der Regierungserklärung vom 8. November 1989 änderte die Bundesregierung ihren Kurs: Bundeskanzler Kohl stellte klar, dass für den erbetenen Kredit über 13 Milliarden DM der Bundesregierung demokratische Reformen in der DDR eingeleitet werden müssten. Der Kurswechsel kam zum richtigen Zeitpunkt, denn damit übernahm die Bundesregierung die Initiative. Die Forderungen nach einem Demokratisierungsprozess in der DDR mündeten schließlich am 28. November 1989 in Kohls visionären 10-Punkte-Plan, mit dem er eine Konföderation beider Staaten ins Gespräch brachte, letztlich aber zugleich einen Fahrplan in Richtung Wiedervereinigung zur Diskussion stellte. Kohl nahm damit instinktiv den Willen der DDR-Bürger auf, ergriff die Initiative und schuf vor allem gegenüber den alliierten Siegermächten eine Dynamik, die 1990 in die Wiedervereinigung mündete.

Schließlich darf auch nicht die Rolle der bundesdeutschen Medien während der Friedlichen Revolution unterschätzt werden: Durch sie erst konnten die Menschen in der DDR am Fernsehen mitverfolgen, was sich auf den Straßen und Plätzen ihres Landes abspielte, denn im DDR-Fernsehen waren derlei Bilder natürlich nicht zu sehen.

4. Internationale Faktoren: Politik der Stärke der USA, Gorbatschows Reformpolitik

Die Situation im Herbst 1989 unterschied sich nicht zuletzt darin von den Jahrzehnten zuvor dadurch, dass die Sowjetunion und die übrigen Staaten des Warschauer Paktes im Juli 1989 die „Breschnew-Doktrin“ aufgehoben hatten. Das bedeutete, dass die Sowjetunion auf eine militärische Intervention in den verbündeten Staaten verzichtete. Auch wenn zunächst großes Misstrauen darüber herrschte, ob dieser Paradigmenwechsel ernst gemeint war: Allein dass die Nichtintervention von höchster Stelle verkündet worden war, stellte eine Abkehr von der bisherigen Linie dar. In der Tat blieben die sowjetischen Soldaten – anders als bei den oben genannten früheren Aufständen und bei der Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1980 – im Herbst 1989 in ihren Kasernen. Sowjetische Truppen hatten hingegen noch im Frühjahr 1989 in Tiflis, Georgien und im Baltikum interveniert. Die Haltung, die die Sowjetunion nun gegenüber den Ereignissen in der DDR an den Tag legte, war eine Folge der Reformpolitik (Glasnost und Perestroika) von Michael Gorbatschow, des neuen Generalsekretärs der KPdSU. Diese Politik war ihrerseits der wirtschaftlichen und zunehmend auch militärischen Schwäche der Sowjetunion geschuldet. Das Sowjetimperium war der Politik der Stärke der US-Regierung unter Ronald Reagan und George H. W. Bush immer weniger gewachsen. Auch die Entspannungspolitik hatte ihren Anteil am Erfolg des friedlichen Umbruchs: Durch den fortwährenden Dialog zwischen den Führungsebenen der beiden Supermächte bestanden professionelle Arbeitsbeziehungen und ein Grundvertrauen in die Erreichbarkeit und Verhandlungsbereitschaft der jeweiligen Gegenseite.

5. Schwäche des SED-Regimes

Solange das SED-Regime die Kontrolle über die „bewaffneten Organe“ (Volkspolizei, Staatssicherheit, Nationale Volksarmee) innehatte, war der Einsatz von Gewalt möglich. Dies endete erst mit der Auflösung des MfS und der Übernahme der Regierungsgewalt durch demokratisch gewählte Politiker im Frühjahr 1990. Dass die Friedliche Revolution kein einziges Todesopfer gefordert und auch keinen einzigen Invaliden hinterlassen hat, ist damit zu erklären, dass das Regime in den entscheidenden Wochen im Herbst 1989 diesen letzten Eskalationsschritt nicht (mehr) wagte. Zwar setzten Polizei und Staatssicherheit vor allem Anfang Oktober 1989 durchaus Gewalt ein und inhaftierten mehrere tausend Personen. Auch aus den Reihen der Demonstranten gab es in manchen Fällen Gewalt gegen Sicherheitskräfte. Der Schusswaffengebrauch blieb jedoch aus.

Das war aber nicht auf einen grundlegenden Sinneswandel zurückzuführen, denn die gewaltsame Niederschlagung der Studentenproteste in Peking im Juni 1989, die „chinesische Lösung“, war von der SED-Führung wiederholt begrüßt worden. Die verantwortlichen Politiker in der DDR hatten keineswegs der Gewalt abgeschworen, und das Volk traute ihnen nach wie vor zu, auch zum Mittel der Gewalt zu greifen. Der Gewaltverzicht der SED-Funktionäre in Berlin und in den Bezirken ist vielmehr damit zu erklären, dass der Preis für Schüsse auf friedliche, mit Transparenten und Kerzen „bewaffnete“ Demonstranten ein massiver Legitimitäts- und Gesichtsverlust gewesen wäre. Die SED-Diktatur hätte vor dem eigenen Volk und vor aller Welt als brutales Gewaltregime dagestanden, was sie aus Sicht der Funktionäre ja nicht war. Zudem hätte die Ost-Berliner Führung, anders als 1953, nicht mit militärischer Hilfe der Sowjets rechnen können.

Außerdem widerlegten die friedlichen Demonstrationen das ideologische Feindbild der Sicherheitsorgane: Die in der Regel im DDR-Sozialismus aufgewachsenen Demonstranten waren unübersehbar keine vom Westen gesteuerten Feinde des

Sozialismus. Auch gab es ideologische Erosionserscheinungen unter den SED-Mitgliedern und Kritik an der Parteiführung. Führungsschwäche Einzelner spielte ebenfalls eine Rolle: Beispielsweise fiel Erich Honecker fast den gesamten September durch eine Krebserkrankung aus, und am 9. Oktober 1989, dem Tag der Großdemonstration in Leipzig, etwa verstrich der Augenblick, bis zu dem eine Anweisung zum Schusswaffengebrauch aus Berlin hätte ergehen müssen. Egon Krenz segnete die lokal getroffene Entscheidung zum Nichteingreifen erst nachträglich ab.

Mit dem unbeabsichtigten Kontrollverlust am 9. November, dem Fall der Berliner Mauer, konnte die SED schließlich auch nicht mehr auf Finanz- und Wirtschaftshilfen der Bundesregierung ohne demokratische Reformen hoffen und musste damit auch den eigenen Machtverlust fürchten. Mit dem Mauerfall hatte das Regime seine „letzte kreditwürdige Immobilie“ (Hans-Hermann Hertle) verloren. Fortan spielte die Zeit gegen das SED-Regime, die auf Veränderungen drängenden Kräfte gewannen die Oberhand.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Wolfgang Tischner

Abteilungsleiter Publikationen/Bibliothek
Wissenschaftliche Dienste/Archiv für
Christlich-Demokratische Politik

wolfgang.tischner@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).